

11.02.2014

Antrag

der Fraktion der CDU

Chemische Industrie muss Motor des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen bleiben: Landesregierung muss heute Grundlagen für Wachstum von morgen schaffen

I) Chemie- und Pharmaindustrie: Schlüsselindustrie in Nordrhein-Westfalen

Die Chemie- und Pharmaindustrie gehört zu den Schlüsselindustrien in Nordrhein-Westfalen. Mit über 100.000 Beschäftigten befindet sich fast jeder vierte deutsche Chemiearbeitsplatz in Nordrhein-Westfalen. Neben einigen großen Unternehmen wie Bayer, Evonik oder Lanxess besteht die Branche ganz überwiegend aus kleinen und mittelständischen Unternehmen. Die 480 Chemie- und Pharmaunternehmen in unserem Land erwirtschaften jährlich rund 30 % des Umsatzes der deutschen chemischen Industrie (etwa 54 Mrd. Euro). Die chemische Industrie in NRW liegt nach Umsatzzahlen gemeinsam mit dem Maschinenbau auf Platz 1. Der Chemiestandort Nordrhein-Westfalen nimmt EU-weit Rang 5 und weltweit Rang 13 ein. Deutschland war 2012 im internationalen Vergleich die viertgrößte Chemienation hinter China, den USA und Japan. Die deutsche Chemieindustrie ist zudem Exportweltmeister.

Die chemische Industrie in Nordrhein-Westfalen steht gemeinsam mit anderen energieintensiven Branchen am Anfang der Wertschöpfungskette und nimmt damit eine Schlüsselposition ein. Sie ist die Basis des erfolgreichen Industriestandortes Nordrhein-Westfalen mit seinen etwa 17.000 Industrieunternehmen und etwa 1,42 Mio. Beschäftigten in der Industrie. 25 % der Bruttowertschöpfung unseres Landes werden durch die (oft mittelständische) Industrie erzielt. Bezieht man die unternehmensnahen Dienstleistungen mit ein, sind es fast 40%.

Zur chemischen und pharmazeutischen Industrie zählt auch die Biotechnologie; sie ist inzwischen eine unverzichtbare Querschnittstechnologie. Unterschiedlichste Industrien setzen sie in Produktion, Forschung und Entwicklung ein. Die Leistungen von Enzymen, Mikroorganismen und Zellen werden in der Medizin, in der Landwirtschaft, bei der Herstellung von Lebensmitteln und im Haushalt genutzt. So wird aus Biomasse Stärke gewonnen und daraus Kunststoff hergestellt. Zellulose wird zu Textilfasern verarbeitet, und aus Pflanzenölen entstehen Kraftstoffe wie Bioethanol. In Deutschland sind zudem mehr als 150 gentechnisch hergestellte Medikamente auf dem Markt. Bis zu 25 Prozent aller neu zugelassenen Medikamente stammen hierzulande aus gentechnischer Produktion. Etwa fünf Prozent des Um-

Datum des Originals: 11.02.2014/Ausgegeben: 11.02.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

satzes der deutschen chemischen Industrie entfallen heute auf biotechnologische Produkte und 13 Prozent der verwendeten Rohstoffe sind nachwachsend. Der Umsatz wächst in diesem Bereich in Deutschland um etwa 10 Prozent pro Jahr, weltweit werden Wachstumsraten von bis zu 20 Prozent für möglich gehalten.

II) Herausforderungen für die nordrhein-westfälische Chemie- und Pharmaindustrie

Bis zum Jahr 2030 wird die Weltbevölkerung auf 8,3 Mrd. Menschen anwachsen. Etwa 85 % der Weltbevölkerung werden 2030 in den Entwicklungs- und Schwellenländern leben, während der Anteil der Menschen, die in Industrieländern leben, abnehmen wird.

Der demographische Wandel sorgt in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen für zwei Entwicklungen: Die Gesamtbevölkerung schrumpft, womit auch ihr Anteil an der Gesamtweltbevölkerung schrumpfen wird. Gleichzeitig wird die deutsche Gesellschaft aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung älter.

Für die chemische und pharmazeutische Industrie in Nordrhein-Westfalen bedeutet dies:

1. Wachsende Nachfrage auf einem sich verändernden Markt

Die globale Nachfrage nach Nahrungsmitteln, Medikamenten, Industriegütern und Dienstleistungen wird aufgrund des weltweiten Bevölkerungswachstums weiter steigen. Gleichzeitig wächst jedoch das Arbeitskräfteangebot aufgrund alternder Weltbevölkerung weniger rasant. Die steigende Nachfrage muss daher durch Produktivitätssteigerungen und zunehmende industrielle Fertigung befriedigt werden.

Die chemische Industrie in Nordrhein-Westfalen könnte von der gesteigerten weltweiten Nachfrage z.B. nach Dünge- und Pflanzenschutzmitteln oder Kunststoffen profitieren. Der Anteil der deutschen Chemieproduktion an der Weltproduktion wird zwar gemäß einer aktuellen Studie der Prognos AG von derzeit 5,6 % auf etwa 3,4 % im Jahr 2030 schrumpfen. Da die weltweite Produktion jedoch absolut steigt, ist trotzdem mit einem überdurchschnittlichen Wachstum der chemischen und pharmazeutischen Industrie in Deutschland zu rechnen. Langfristig dürfte Deutschland viertgrößter Chemieproduzent bleiben.

Das Wachstum der chemischen und pharmazeutischen Industrie wird auch zukünftig vom Export getragen. Wurden 2011 rund 52 % der Gesamtproduktion für das Ausland hergestellt, könnten es 2030 bereits 60 % sein.

Dagegen wird der Anteil des privaten Konsums an der chemischen Produktion bis 2030 von 13 % auf 8 % zurückgehen. Ein Großteil der wachsenden Nachfrage nach Chemieprodukten resultiert aus der Industrienachfrage, für die intakte Wertschöpfungsketten eine besondere Bedeutung haben. Brechen einzelne Produktionsstufen oder gar ganze Branchen auf Grund veränderter Rahmenbedingungen weg, wird dies gravierende Auswirkungen auf den gesamten Industriestandort haben.

Bis 2030 werden sich die Absatzmärkte für Produkte der deutschen Chemie- und Pharmaunternehmen auf Grund der Entwicklung der Weltbevölkerung massiv verschieben. Zu den wichtigsten Absatzmärkten gehören bislang Frankreich, Italien und Belgien. Bis 2030 wird China zum zweitwichtigsten Abnehmer aufsteigen. Die chemische und pharmazeutische Industrie wird sich daher zukünftig noch stärker dem internationalen Wettbewerb stellen müssen.

2. Hohe Ressourceneffizienz bei knapper werdenden Rohstoffen

Energie, fossile und mineralische Rohstoffe, aber auch Wasser und Boden stehen nicht unbegrenzt zur Verfügung. Bei steigender Weltbevölkerung werden diese Ressourcen - selbst bei Erschließung neuer Lagerstätten - relativ knapper, was zu einer Verteuerung von Energie und Rohstoffen führt.

Für die energieintensive chemische Industrie ist dies ein Problem: Bereits heute geben Chemie- und Pharmaunternehmen in Deutschland allein für Strom und fossile Energieträger rund 8 Mrd. Euro jährlich aus. Die Unternehmen sind daher bemüht, ihre Ressourceneffizienz stetig zu verbessern. So ist der Energieeinsatz seit 1990 um 20 % gefallen, obwohl die Produktion um fast 60 % gestiegen ist. Das Potential von Prozessoptimierungen ist jedoch begrenzt, weshalb zukünftig ein steigender Gesamtverbrauch zu erwarten ist: Bis 2030 erwartet die chemische und pharmazeutische Industrie einen Anstieg des absoluten Energieverbrauches um 8 %, während die Produktion um etwa 40 % zunehmen wird.

Ressourceneffizienz dient der chemischen Industrie jedoch nicht allein zur Kostenreduzierung ihrer Produkte, sondern eröffnet ihr auch neue Marktchancen. Produkte der chemischen Industrie helfen ihren Kunden, ihrerseits Energie und Rohstoffe zu sparen und leisten damit einen Beitrag zu Klima- und Umweltschutz.

Einen weiteren Beitrag zu Klima- und Umweltschutz leistet die chemische Industrie im Rahmen der Energiewende. So forschen die Chemieunternehmen breit aufgestellt an Speichertechnologien (z.B. Power to Gas, Akkumulator-Systeme), ohne welche die Energiewende nicht zu schaffen ist.

Auch die Biotechnologie trägt durch innovative Rohstoffe und Materialien sowie kosteneffiziente Produktionsprozesse dazu bei, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Das nordrhein-westfälische "Cluster Industrielle Biotechnologie CLIB²⁰²¹" führt zu diesem Zweck Vertreter von Wissenschaft und Märkten aus allen Bereichen der industriellen Wertschöpfungsketten zusammen.

3. Wachsender Arbeits- und Fachkräftemangel bei steigenden Anforderungen

Der deutschen Wirtschaft droht aufgrund des demographischen Wandels ein Arbeitskräftemangel. Der demographische Wandel könnte zum Bremsklotz auch für die Entwicklung der chemischen und pharmazeutischen Industrie werden, wenn die Politik nicht gegensteuert. So muss die Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmern gesteigert, aus Teilzeitbeschäftigung Vollzeitbeschäftigung werden und die qualifizierte Zuwanderung verstärkt werden.

Gleichwohl wird das Arbeitskräfteangebot jedoch nur dann ausreichen, wenn die deutsche Wirtschaft ihre Produktivität erhöht. Derzeit erwirtschaften gut 40 Mio. Beschäftigte das deutsche BIP, 2030 müssen knapp 38 Mio. Beschäftigte ein dann um 30 % gewachsenes BIP erarbeiten. Neben steigenden Bevölkerungszahlen wird die weltweite Zunahme von Technologie und Wissen weiterer Wachstumstreiber sein. In Folge dessen werden die Arbeitsproduktivität und die Ressourceneffizienz steigen sowie Güter und Dienstleistungen neue Qualitätsstufen erreichen. Unserem Bildungssystem kommt daher zunehmend Bedeutung als Standortfaktor zu. Nordrhein-Westfalen braucht weiterhin eine exzellente Hoch- und Fachhochschullandschaft sowie ein starkes System der dualen Ausbildung.

Die chemische und pharmazeutische Industrie hat auch weiterhin das Potential, Wachstumsmotor und Schlüsselindustrie für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen zu bleiben. Die Vorteile des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen liegen auf der Hand: zentrale Lage in Europa, verlässliche Sozialpartnerschaft, leistungsfähige Infrastruktur, Rechtssicherheit, duale Ausbildung, leistungsstarke und vielseitige Hochschul- und Forschungslandschaft sowie eine vielschichtige Bevölkerungsstruktur.

Dennoch: Die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte sind gewaltig. Die unabhängige McKinsey Studie „NRW 2020 – Unser Land, unsere Zukunft“ kritisiert eine zu geringe Investitionsquote in Nordrhein-Westfalen. Demnach werden in Nordrhein-Westfalen nur 18 % des BIPs in neue Anlagen investiert. Die Quote in Bayern und Baden-Württemberg liegt dagegen um bis zu 5,7 Prozentpunkte höher. Das IW Köln hat errechnet, dass von 2000 bis 2012 die energieintensiven Industrien (Chemie, Stahl, Aluminium etc.) nur 85 % ihrer Abschreibungen reinvestiert haben. 2012 gingen nach Auskunft von NRW.Invest die ausländischen Direktinvestitionen um 26 % zurück. Hier findet schleichende De-Industrialisierung durch Desinvestition statt. Nordrhein-Westfalen wird seine Spitzenposition in der chemischen und pharmazeutischen Industrie nur behaupten können, wenn es die Rahmenbedingungen für die hier tätigen Unternehmen ständig verbessert und ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht durch falsche politische Weichenstellungen gefährdet.

III) Der Landtag stellt fest:

1. Verbundstandorte stärken: Vernetzung als Schlüsselfaktor

Wichtige Erfolgsfaktoren für die Standorte der Basischemie sind Vernetzung und industrielles „Hinterland“. Für diese Vernetzung stehen exemplarisch die sogenannten Verbundstandorte mit einer Vielzahl verschiedener miteinander verbundener Produktionsprozesse. In ihnen werden ausgehend von der Basischemieproduktion über mehrere Stufen hinweg Produkte als Ausgangsstoff für weitere Produktionen genutzt. Nebenprodukte aus den Prozessen werden an Ort und Stelle zu weiteren nutzbaren Produkten verarbeitet, was die Wirtschaftlichkeit der Produktion erhöht und zugleich ein Paradebeispiel für Ressourceneffizienz ist. Standortinterne Pipelineverbindungen ermöglichen eine hocheffiziente Logistik. Die Basischemie in Deutschland spielt für weiterverarbeitende Chemie- und Industriezweige eine große Rolle, da sie eine große Bandbreite an Branchen mit den für ihre Produktion notwendigen Einsatzstoffen versorgt - und zwar in räumlicher Nähe zur Weiterverarbeitung. Pipelines zwischen Standorten ermöglichen den Austausch flüssiger und gasförmiger Basischemikalien über Standorte hinweg und erhöhen damit die Liefersicherheit. So können Wertschöpfungsketten weiterbetrieben werden, auch wenn Cracker in Revisions-Stillständen sind. Zudem sind Pipelines unabhängig von anderen Störgrößen (z. B. Einschränkungen der Schifffahrt und des Güterverkehrs auf Schiene und Straße) und sie stellen das sicherste Transportmittel dar. Ein gut ausgebautes und sicheres Pipelinennetz hat für die chemische Wertschöpfungskette die Wirkung eines Investitionsankers. Die Reservierung von Trassen für den Ausbau des Pipelinennetzes, verbunden mit einer beschleunigten Realisierbarkeit neuer Pipelineverbindungen unter Berücksichtigung der bestehenden Sicherheitsbestimmungen kann eine wichtige strategische Maßnahme zu Sicherung des Chemieverbunds darstellen.

2. Energieversorgung: sicher, sauber, kostengünstig

Energieintensive Industriezweige wie die Chemie- und Pharmaindustrie sind auf sichere und kostengünstige Energieversorgung angewiesen, damit sie in Deutschland wettbewerbsfähig produzieren und ihre Position am Weltmarkt halten zu können.

Die besondere Ausgleichsregelung des EEG verfolgt daher das Ziel, Gefährdungen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit solcher Unternehmen wirksam zu begegnen. Diese Regelung wird gegenwärtig von der Europäischen Kommission kritisch auf ihre Vereinbarkeit mit dem EU-Wettbewerbsrecht geprüft. Am 18.12.2013 hat die Kommission gegen Deutschland ein Beihilfeverfahren eröffnet. Stuft die Kommission die Entlastung als unerlaubte Beihilfe ein, hätte dies erhebliche finanzielle und wirtschaftliche Konsequenzen für die betroffenen Unternehmen.

Die Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben. Die Gesamtkosten sind in den letzten Jahren aber schnell und stark gestiegen. Alle Stromkunden müssen erhebliche Lasten tragen. Die EEG-Umlage hat mittlerweile eine Höhe erreicht, die für weite Teile der Wirtschaft, insbesondere auch mittelständische Unternehmen, zum Problem wird, wenn es nicht gelingt, die Kostendynamik zu entschärfen. Die von der Bundesregierung angestrebte schnelle und grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) mit dem Ziel einer Verabschiedung im Sommer 2014, ist der richtige Weg um verlässliche Rahmenbedingungen in der Energiepolitik zu schaffen.

Mit der grundlegenden Reform soll das Ausmaß und die Geschwindigkeit des Kostenanstiegs spürbar gebremst werden, indem die Vergütungssysteme vereinfacht und die Kosten auf einem vertretbaren Niveau stabilisiert werden. Dazu ist neben einem berechenbaren Ausbaukorridor insbesondere mehr Kosteneffizienz durch Abbau von Überförderungen und Degression von Einspeisevergütungen, eine stärker marktwirtschaftlich orientierte Förderung notwendig. Die dringend notwendige EEG-Reform darf nicht zu Nachteilen für energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Industrien führen und ist so zu gestalten, dass es zu keinen abreißenden Wertschöpfungsketten und Arbeitsplatzverlust kommt. Zudem muss es bei den im Koalitionsvertrag verabredeten Regelungen zur Eigenstromerzeugung bleiben.

Das Industrieland Nordrhein-Westfalen benötigt Versorgungssicherheit. Hierzu werden auch zukünftig konventionelle Kraftwerke benötigt. Daher müssen der Betrieb und der Bau moderner und effizienter Kohle- und Gaskraftwerke in einem marktwirtschaftlich organisierten Umfeld auch zukünftig möglich sein. Zur Sicherung von Kraftwerkskapazität als Backup muss ein subventionsfreier und nach ordnungspolitischen Regeln funktionierender Energiemarkt entstehen.

Neben der gezielten Förderung von Speichertechnologien müssen zudem die Stromnetze ausgebaut werden. Hierbei sind die Einbeziehung von intelligenten Netzen voranzutreiben, Genehmigungsverfahren zu kürzen und Investitionen zu erleichtern.

3. Fachkräftemangel entgegenwirken

Industrielle Produktion und Produktivität hängen gerade in der Chemie- und Pharmaindustrie in erheblichem Maße von der Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte ab. Die Sicherung des Fachkräftebedarfs wird nur durch ein Bündel verschiedener Maßnahmen gelingen. So muss zukünftig noch stärker als bisher sichergestellt werden, dass Schülerinnen und Schüler zur Ausbildungsreife geführt werden. An den allgemeinbildenden Schulen muss der für Berufe in der chemischen und pharmazeutischen Industrie wichti-

ge MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) weiter gestärkt werden.

Die duale Ausbildung ist ein wichtiger Pfeiler für die Sicherung des Fachkräftebedarfs und bedarf der stetigen Verbesserung, insbesondere durch eine Verbesserung der Qualität der Lehre an Berufsschulen.

Die betriebsübergreifende Ausbildung für Arbeitnehmer mit Berufserfahrung, aber ohne Fachausbildung und -abschluss soll weiter geführt werden. Dabei kommt Trainingszentren eine hohe Bedeutung in der Chemie- und Pharmaindustrie sowie anderen Branchen zu.

Die Erwerbsbeteiligung, insbesondere von Frauen, muss durch eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöht werden. Statt einer Abschaffung von Kindergartenbeiträgen wäre zuerst ein bedarfsgerechter Ausbau der Betreuungsinfrastruktur notwendig.

Schließlich ist eine Steigerung der arbeitsmarktbezogenen Zuwanderung notwendig, z.B. mittels Anwerbung von Fachkräften bereits in den Herkunftsländern (auf Messen etc.).

4. Stärkung des Forschungs- und Wissenschaftsstandorts Deutschland

Die Hochschulautonomie muss gestärkt sowie der Transfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft verbessert werden, z.B. durch Innovationsschaufenster, einen stärkeren Transfer wissenschaftlichen Personals in Neugründungen und umgekehrt sowie durch die Honorierung von Patentanmeldungen von Professoren und deren langfristige Beziehungen zu Unternehmen.

EFRE-Mittel sind gezielt für Forschung und Entwicklung zu bündeln. Forschungsfeindliche Gesetze wie das Gesetz über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine müssen zurückgenommen werden. Die Clusteraktivitäten sind gezielt im Bereich der chemischen, pharmazeutischen und biotechnologischen Forschung zu intensivieren.

5. Falsches NRW-Klimaschutzgesetz ist Belastung für Chemiestandort Nordrhein-Westfalen

Klimaschutz ist eine wichtige globale Aufgabe, die verbindliche Beiträge von allen Ländern weltweit erfordert, um effektiv zu sein. Daher sollte Klimaschutz auf internationaler Ebene geregelt werden. Neben dem europäischen Emissionshandelssystem sind Alleingänge wie auch der in Nordrhein-Westfalen mit dem Klimaschutzgesetz unternommene Verursacher hoher volkswirtschaftlicher Kosten und helfen dem Klima kaum. Insbesondere für die im internationalen Wettbewerb stehende energieintensive Chemie- und Pharmaindustrie wirken das nordrhein-westfälische Klimaschutzgesetz und der darauf beruhende Klimaschutzplan wettbewerbsverzerrend. Dabei wird verkannt, dass das durch die Chemieproduktion in Nordrhein-Westfalen ausgestoßene CO₂ später durch den Einsatz der Produkte z.B. im Leichtbau (Automobilbereich) weltweit wieder eingespart wird, weil weniger Kraftstoff verbraucht und damit auch weniger CO₂ ausgestoßen wird.

6. Verbesserung der Verkehrsweginfrastruktur in Nordrhein-Westfalen

Die A1-Rheinbrücke steht beispielhaft für den schlechten Zustand der Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen. Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, braucht auch die chemische und pharmazeutische Industrie eine rundum erneuerte Infrastruktur.

IV) Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Rahmenbedingungen für die chemische und pharmazeutische Industrie in NRW zu verbessern. Hierzu hat sie insbesondere folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Vermeidung von Sonderbelastungen: Abschaffung des nordrhein-westfälischen Klimaschutzgesetzes und Verzicht auf einen Klimaschutzplan Nordrhein-Westfalen.
2. Stärkung des Wissenstransfers zwischen Hochschulen und Wirtschaft und deshalb Verzicht auf die geplante Novelle des Hochschulfreiheitsgesetzes.
3. Unterstützung einer Reform des EEG zur Stärkung des Industriestandortes NRW.
4. Stärkung der Verbundstandorte, insbesondere durch beschleunigte Genehmigungsverfahren von Pipeline-Projekten unter Beibehaltung maximaler Sicherheitsanforderungen und **Unterstützung aktueller Pipeline-Projekte wie die CO-Pipeline von Dormagen nach Uerdingen.**
5. Beseitigung des Fachkräftemangels durch Verbesserung der schulischen und beruflichen Ausbildung, der Hochschulausbildung, der Erhöhung der Erwerbstätigenquote sowie gezielte Werbung um ausländische Fachkräfte.
6. Fokussierung von Fördermitteln u.a. auf Forschung und Entwicklung.
7. Rücknahme des Gesetzes über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine.
8. Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, u.a. durch die Rücknahme der Kürzungen im Landesstraßenbau, das Vorantreiben von Planfeststellungen, um Landes-, Bundes- und EU-Mittel in voller Höhe abrufen zu können sowie das Heben und Reinvestieren von Effizienzgewinnen im Verkehrswegebau.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Hendrik Wüst

und Fraktion